

EUROPABERICHT



**Vertretung des Freistaates Bayern
bei der Europäischen Union
in Brüssel**



Aktuelle Entwicklungen auf der Europäischen Ebene

Politische Schwerpunkte und Europäisches Parlament

INFORMELLER EUROPÄISCHER RAT AM 30.01.2012 IN BRÜSSEL

Die Staats- und Regierungschefs nahmen eine Erklärung zu wachstumsfreundlicher Konsolidierung und beschäftigungsfreundlichem Wachstum an. Außerdem verständigten sich die 17 Staaten der Eurozone auf den neuen Fiskalpakt zur Stärkung der Wirtschafts- und Währungsunion und billigten den ESM-Vertrag. Am Fiskalpakt, der jetzt den Namen „Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion“ trägt und beim Europäischen Rat (ER) am 01./02.03.2012 unterzeichnet werden soll, wird neben dem Vereinigten Königreich auch Tschechien nicht mitwirken. Dagegen wollen die zehn anderen Mitgliedstaaten, die den Euro nicht eingeführt haben, den Vertrag unterzeichnen (s. auch Beiträge des StMF und des StMWIVT in diesem EB).

EP-PLENUM AM 01./02.02.2012 IN BRÜSSEL: WESENTLICHE ERGEBNISSE

Im Mittelpunkt stand der Informelle Europäische Rat vom 30.01.2012. Der Präsident des Europäischen Rates, *Van Rompuy*, und Kommissionspräsident *Barroso* berichteten über die Ergebnisse und hoben die Bedeutung des Fiskalpaktes und der Reformen zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung hervor. Daran schloss sich eine kontroverse Debatte an. Am 02.02.2012 nahm das EP eine Entschließung zur Tagung des ER an (s. Bericht des StMF in diesem EB), in der es den Fiskalpakt zur Kenntnis nimmt und sich dazu weniger kritisch äußert als in einer Entschließung vom Januar (EB 02/12).

<http://www.europarl.europa.eu/plenary/de/texts-adopted.html>

KOMMISSION BERICHTET ERNEUT ÜBER FORTSCHRITTE BULGARIENS UND RUMÄNIENS BEI JUSTIZREFORM SOWIE BEKÄMPFUNG VON KORRUPTION UND OK

Im Rahmen des mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens zur EU im Jahr 2007 festgelegten Kooperations- und Kontrollverfahrens zu den Bereichen Justizreform, Bekämpfung von Korruption und Organisierter Kriminalität hat die



Kommission am 08.02.2012 weitere Zwischenberichte vorgelegt. Sie beschreibt darin, inwieweit beide Länder die Empfehlungen aus den Jahresberichten vom 20.07.2011 (EB 15/11) umgesetzt haben und damit dem Ziel, in den genannten Bereichen alle EU-Standards zu erfüllen, näher gekommen sind. Neue Empfehlungen enthalten die Zwischenberichte nicht, wohl aber Hinweise, was bis zu den Jahresberichten im Sommer 2012 geschehen müsste, um die Empfehlungen aus 2011 umzusetzen. Die Kommission stellt zwar in beiden Ländern Fortschritte fest, hält aber gleichzeitig weitere Anstrengungen für nötig. Links zu den Berichten in deutscher Sprache und zusammenfassenden Pressemitteilungen (MEMOs) finden sich unter:

http://ec.europa.eu/dgs/secretariat_general/cvm/progress_reports_en.htm

UDO BULLMANN NEUER VORSITZENDER DER SPD-GRUPPE IM EP

Die deutsche SPD-Gruppe in der S&D-Fraktion im Europäischen Parlament hat MdEP *Udo Bullmann* am 01.02.2012 zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind wie bisher *Constanze Krehl* (Sachsen) und *Norbert Glante* (Brandenburg) sowie neu *Jens Geier* (NRW). Schatzmeisterin der Gruppe bleibt *Jutta Steinruck* (Rheinland-Pfalz).

Geschäftsbereich Staatsministerium des Innern

INFORMELLER JI-RAT AM 26./27.01.2012: INNENPOLITIK

- Solidarität im Migrationsbereich
- Grünbuch zur Familienzusammenführung
- EU-PNR-System

EP: LIBE-AUSSCHUSS STIMMT RICHTLINIE ZUR KONZERNINTERNEN ENTSENDUNG ZU

Der Ausschuss für Bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres (LIBE) hat am 26.01.2011 einen Bericht über die Bedingungen für die Einreise und den Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen im Rahmen einer konzerninternen Entsendung (ICT) angenommen. Die Richtlinie soll die Versetzung von Führungskräften und spezialisiertem Personal internationaler Unternehmen aus Drittstaaten in Filialen oder Tochterunternehmen in einem EU-Staat sowie die zeitlich beschränkte Weiterversetzung in ein anderes EU-Land erleichtern.



KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR EUROPÄISCHE STIFTUNG VOR

Die Kommission hat am 08.02.2012 einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung vorgelegt. Ziel des Vorschlags ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Rechtsform, der „Europäischen Stiftung“, die in allen Mitgliedstaaten gleich wäre und neben inländischen Stiftungen bestehen würde.

Geschäftsbereich Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

KOMMISSION LEGT SATZUNG FÜR EUROPÄISCHE STIFTUNG VOR

Die Kommission hat am 8.2.2012 einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung vorgelegt, mit dem es Stiftungen leichter gemacht werden soll, unionsweit gemeinnützige Tätigkeiten zu fördern. Der Vorschlag ist auf Art. 352 AEUV gestützt und muss vom Rat einstimmig (mit Zustimmung des EP) angenommen werden.

http://ec.europa.eu/internal_market/company/eufoundation/index_de.htm

EP VERLANGT KOLLEKTIVEN RECHTSSCHUTZ AUF EU-EBENE

Das EP hat am 02.02.2012 auf seiner Plenarsitzung in Brüssel mit sehr großer Mehrheit seine EntschlieÙung „Kollektiver Rechtsschutz – Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz“ verabschiedet. Der von Berichterstatter *Klaus-Heiner Lehne* (EVP/CDU) erstellte Entwurf fordert strenge Rahmenbedingungen, unter denen die Einführung von rechtlichen Instrumenten des kollektiven Rechtsschutzes („Sammelklagen“) auf europäischer Ebene erfolgen kann. Formal antwortet damit das EP auf eine Konsultation der Kommission vom 04.02.2011. Damit ist jetzt der Weg für die Kommission frei, nunmehr seine – im Lichte der Konsultation gewonnenen – politischen Vorstellungen auf diesem Gebiet in Form einer Mitteilung zu formulieren.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0021+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

EP VERLANGT SITZVERLEGUNGSRICHTLINIE

Das EP verabschiedete am 02.02.2012 eine EntschlieÙung zur grenzüberschreitenden Verlegung von Unternehmenssitzen (sog. 14. Gesellschaftsrechtliche Richtlinie). Danach sollen sich Gesellschaften mit beschränkter Haftung beliebig innerhalb der EU niederlassen können, sofern die Beschäftigten der



jeweiligen Unternehmen angehört worden seien, die Anteilseigner zugestimmt haben und kein Steuer- oder Sozialrecht umgangen werde. Die Kommission hatte dieses Vorhaben schon im Jahr 2007 aufgegeben, muss nunmehr aber erneut darüber befinden.

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/pressroom/content/20120201IPR36962/html/Company-mobility->

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0019+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

ACTA-ÜBEREINKOMMEN GEZEICHNET – ZAHLREICHE PROTESTE IN EUROPA

Das ACTA-Abkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) wurde am 26.01.2012 in Tokyo von den Vertretern von 22 EU-Staaten und der Kommission unterzeichnet. Noch nicht unterzeichnet haben Deutschland, die Niederlande, Estland, Zypern und die Slowakei. Die Bundesregierung betont jedoch, das Abkommen bislang nur aus formalen Gründen noch nicht unterzeichnet zu haben.

<http://www.zdnet.de/news/41559979/polen-tschechien-und-slowakei-setzen-ratifizierung-von-acta-aus.htm>

<http://orf.at/stories/2103734/>

Geschäftsbereich Staatsministerium der Finanzen

ZWEITES RETTUNGSPAKET FÜR GRIECHENLAND – SACHSTAND

Beim Sondertreffen der Eurogruppe am 09.02.2012 gab es trotz der Einigung zwischen der Troika (IWF, EZB, Kommission) und Griechenland über ein neues Konsolidierungs- und Reformprogramm noch keine Entscheidung über ein zweites Rettungsprogramm für Griechenland. Eine Entscheidung könnte am Mittwoch, dem 15.02.2012, bei einer weiteren Sondersitzung der Eurogruppe fallen, wenn Griechenland die folgenden drei Bedingungen erfüllt. Das griechische Parlament muss bis Sonntag, den 12.02.2012, die von der Troika geforderten Konsolidierungs- und Reformmaßnahmen beschließen. Es müssen zügig zusätzliche Maßnahmen ergriffen werden, um im Jahr 2012 zusätzliche strukturelle Ausgabenkürzungen in Höhe von 325 Mio. € zu realisieren. Die relevanten politischen Parteien müssen eindeutige politische Zusagen zur Umsetzung des vereinbarten Konsolidierungs- und Reformprogramms abge-



ben.

WESENTLICHE ERGEBNISSE DES INFORMELLEN TREFFENS DES EUROPÄISCHEN RATES VOM 30.01.2012

Der Europäische Rat (ER) hat bei seinem informellen Treffen am 30.01.2012 eine Erklärung zu Wachstum und Beschäftigung abgegeben. Prioritäten sind beschäftigungspolitische Impulse, vor allem für junge Menschen, die Vollendung des Binnenmarktes und mehr Finanzmittel für die Wirtschaft, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen. Der Vertrag zur Einrichtung des permanenten Krisenmechanismus ESM, auf dessen endgültige Fassung sich am 23.01.2012 bereits die Finanzminister der Eurogruppe verständigt hatten (siehe EB 2-2012), wurde von den Staats- und Regierungschefs gebilligt und am 02.02.2012 von den Botschaftern am Rande der Sitzung des Ausschusses der Ständigen Vertreter (ASStV) unterzeichnet. Die Staats- und Regierungschefs haben sich daneben auf den Vertrag über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion geeinigt (sog. Fiskalpakt). Der Pakt soll von den Staats- und Regierungschefs bei ihrem nächsten Treffen Anfang März unterzeichnet werden. Zentrale Maßnahme ist die Einführung von Schuldenbremsen in das nationale Recht der am Pakt beteiligten Mitgliedstaaten.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127623.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127639.pdf

<http://www.european-council.europa.eu/media/579087/treaty.pdf>

ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUM FISKALPAKT

Das EP hat am 02.02.2012 in einer Entschließung zu den Ergebnissen des ER seine Kritik am Fiskalpakt im Vergleich zu den im Vorfeld der Verabschiedung des Fiskalpaktes abgegebenen Stellungnahmen etwas relativiert. Das EP fordert in dieser Entschließung u. a., zügig einen Tilgungsfonds auf der Grundlage des Vorschlags des deutschen Wirtschaftssachverständigenrates einzurichten. Weitere Anliegen des EP sind u. a. die Einführung EU-Projektbonds, die Aufstellung eines Fahrplans zur Einführung von Eurobonds und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer auf EU-Ebene.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7->



[TA-2012-0023+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE](#)

DISKUSSION IM RAT FÜR ALLGEMEINE ANGELEGENHEITEN ÜBER DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020

Am 27.01.2012 gab es im Rat für Allgemeine Angelegenheiten (Außenminister) eine Diskussion zu den Mittelansätzen und den Prioritäten des nächsten mehrjährigen Finanzrahmens 2014 bis 2020. In der Diskussion wurden erhebliche Differenzen zwischen den Nettozahler-Mitgliedstaaten und den Nettoempfänger-Mitgliedstaaten deutlich. Deutschland, das Vereinigte Königreich, die Niederlande, Schweden, Österreich, Finnland und Frankreich fordern die Begrenzung des mehrjährigen Finanzrahmens auf 1 % des BNE in Verpflichtungsermächtigungen. Die Kohäsionspolitik und die Agrarpolitik als traditionelle EU-Ausgabenbereiche wurden von den Mitgliedstaaten am häufigsten als Prioritäten genannt.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/DE/genaff/127871.pdf

MITTEILUNG DER KOMMISSION ÜBER EINE VEREINFACHUNGSAGENDA FÜR DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020

Die Kommission hatte am 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 veröffentlicht und bis Ende 2011 insgesamt 57 sektorspezifische Legislativvorschläge zur Umsetzung des neuen Finanzrahmens veröffentlicht. Die in diesen Vorschlägen und in den Änderungsvorschlägen zur EU-Haushaltsordnung enthaltenen Änderungsvorschläge hat die Kommission in dieser Mitteilung aufgelistet und damit zu einer Vereinfachungsagenda gebündelt. Kernziel ist die Vereinfachung des Zugangs zu EU-Mitteln und die Reduzierung des Verwaltungsaufwands.

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_annex1_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_annex2_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_annex3_en.pdf



NEUN MITGLIEDSTAATEN FORDERN DIE BESCHLEUNIGUNG DER ARBEITEN AN DER FINANZTRANSAKTIONSSTEUER

Der Ministerpräsident Italiens und die Finanzminister Deutschlands, Österreichs, Belgiens, Spaniens, Finnlands, Frankreichs, Griechenlands und Portugals haben sich mit einem gemeinsamen Brief an die dänische Ratspräsidentschaft gewandt und ihre grundsätzliche Unterstützung für den Kommissionsvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer zum Ausdruck gebracht. Die dänische Ratspräsidentschaft, die das Thema in ihrem Arbeitsprogramm zunächst nicht als Priorität benannt hatte, wurde gebeten, ihre Arbeiten am Richtlinienentwurf der Kommission zu beschleunigen.

<http://proxy-pubminefi.diffusion.finances.gouv.fr/pub/document/18/12223.pdf>

WECHSEL DES GENERALDIREKTORS DER GENERALDIREKTION STEUERN UND ZOLLUNION IN DER KOMMISSION

Der bisherige Generaldirektor der Generaldirektion Steuern und Zollunion, der Deutsche *Walter Deffaa*, ist neuer Generaldirektor der Generaldirektion Regionalpolitik. Sein Nachfolger in der Generaldirektion Steuern und Zollunion ist der Österreicher *Heinz Zourek*, der zuletzt Generaldirektor der Generaldirektion Unternehmen und Industrie war.

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG ZUR RICHTLINIE ÜBER FINANZKONGLOMERATE

Die Kommission hat am 09.02.2012 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Finanzkonglomerate (Financial Conglomerate Directive, FICOD, Richtlinie 2002/87/EG) gestartet. Interessierte Kreise können bis 19.04.2012 daran teilnehmen. Die Richtlinie erfasst Finanzgruppen, die in einem oder mehreren Staaten tätig sind, und dies sowohl im Versicherungs- als auch im Bankensektor. (s. dazu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-conglomerates/docs/info-letter/022012_en.pdf



Geschäftsbereich Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

ERGEBNISSE DES INFORMELLEN EUROPÄISCHEN RATES UND DES TREFFENS DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER EUROGRUPPE AM 30.01.2012

Am 30.01.2012 haben die Staats- und Regierungschefs der EU in verschiedenen Zusammensetzungen in Brüssel getagt und dabei im Wesentlichen folgende Ergebnisse erzielt: Als Informeller Europäischer Rat aller Mitgliedstaaten haben sie eine Erklärung mit dem Titel „Wachstumsfreundliche Konsolidierung und beschäftigungsfreundliches Wachstum“ verabschiedet. Sie skizziert verschiedene Maßnahmen, um die EU und ihre Mitgliedstaaten wieder auf Wachstumskurs zu bringen, und will damit die Bemühungen um eine Haushaltskonsolidierung ergänzen. Weiterhin haben die Staats- und Regierungschefs der 17 Eurostaaten zusammen mit acht weiteren Kollegen den so genannten „Fiskalpakt“ gebilligt, der aber erst auf der nächsten Tagung im März endgültig unterzeichnet werden wird. Schließlich haben die Chefs der Eurostaaten den Vertrag über einen dauerhaften Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) gebilligt (zu den haushaltspolitischen Elementen des Fiskalpakts und zum ESM s. den Beitrag des StMF in diesem EB).

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127623.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/ec/127736.pdf

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127766.pdf

INFORMELLER WETTBEWERBSFÄHIGKEITSRAT ZUR FÖRDERUNG VON FORSCHUNG UND INNOVATION IN DER KOMMENDEN FÖRDERPERIODE 2014 BIS 2020

Die Forschungsministerinnen und -minister befassten sich auf dem Informellen Wettbewerbsfähigkeitsrat am 02.02.2012 in Kopenhagen ausschließlich mit dem Kommissionsvorschlag für das künftige Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“. Einen Schwerpunkt bildete dabei der Aspekt der Synergiebildung mit den Strukturfonds. Nach Aussagen von Regionalkommissar *Johannes Hahn* ist die Forschungs- und Innovationsförderung ein zentrales Thema des „Gemeinsamen Strategischen Rahmens“ für die Strukturfonds, der



derzeit ausgearbeitet werde. Grundlage für regionale Entwicklungen sollen regionale Innovationsstrategien als Basis für eine „Smart Specialisation“ sein. Der Aufbau von Infrastrukturen sei Aufgabe der Strukturfonds, die Verbindung und Vernetzung von Exzellenz die von „Horizon 2020“. Eine Vermischung sei schädlich (s. hierzu Bericht des StMWFK in diesem EB).

WEITERE AUFTRÄGE ZUM AUFBAU VON GALILEO VERGEBEN (SATELLITEN, STARTDIENSTLEISTUNGEN)

Am 02.02.2012 hat die Europäische Weltraumorganisation (ESA) im Namen der Kommission in London drei Verträge über weitere Elemente zum Aufbau des Europäischen Satellitennavigationssystems GALILEO unterzeichnet. Die in Bremen ansässige OHB gewann den Auftrag über den Bau von acht Satelliten im Wert von etwa 250 Mio. €. Ein zweiter Vertrag über 30 Mio. € mit Arianespace (Frankreich) betrifft eine Reservierungsoption für bis zu drei Starts mit Ariane-5-Raketen. Der dritte Vertrag mit einem Wert von ebenfalls etwa 30 Mio. € wurde mit Astrium SAS (Frankreich) abgeschlossen und hat die Modifikation der Ariane-5-Rakete für den gleichzeitigen Transport von vier Galileo-Satelliten pro Start zum Gegenstand. Nach Angaben der Kommission konnte die Beschaffung von Satelliten und Trägern nun erheblich beschleunigt werden, so dass eine Nutzung der ersten GALILEO-Dienste ab 2014 möglich sei, wenn sich 18 Satelliten im All befänden.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/95&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

ACTA-ÜBEREINKOMMEN GEZEICHNET – PROTESTE IN EUROPA

Das ACTA-Abkommen gegen Produkt- und Markenpiraterie (Anti-Counterfeiting Trade Agreement) wurde am 26.01.2012 in Tokyo von den Vertretern von 22 EU-Staaten und der Kommission unterzeichnet. Noch nicht unterzeichnet haben Deutschland, die Niederlande, Estland, Zypern und die Slowakei. Die Bundesregierung betont jedoch, das Abkommen bislang nur aus formalen Gründen noch nicht unterzeichnet zu haben (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).



KOMMISSION MÖCHTE HANDELS- UND INVESTITIONSPOLITIK GEGENÜBER ENTWICKLUNGSLÄNDERN GEZIELTER AUF UNTERSCHIEDLICHE PARTNER AUSRICHTEN

Die Kommission hat am 27.01.2012 die Mitteilung „Handel, Wachstum und Entwicklung“ vorgestellt, die sich mit einer „maßgeschneiderten“ Handels- und Investitionspolitik für die bedürftigsten Länder beschäftigt. Die Kommission stellt darin eine zunehmende Heterogenität der Entwicklungsländer fest, die eine differenzierte Politikgestaltung seitens der EU erfordere. Der Schwerpunkt der EU-Unterstützung müsse zukünftig klar bei den bedürftigsten Ländern liegen, während die EU Schwellenländern eine umfassendere Form der Partnerschaft anbieten möchte. Ein Schlüsselement für Wachstum und Entwicklung sieht die Kommission im freien Handel, für den sie sich auf bilateraler, regionaler und multilateraler Ebene einsetzen werde.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/80&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EP VERLANGT KOLLEKTIVEN RECHTSSCHUTZ UND SITZVERLEGUNGSRICHTLINIE

Das EP hat am 02.02.2012 auf seiner Plenarsitzung in Brüssel mit sehr großer Mehrheit die Entschließung „Kollektiver Rechtsschutz – Hin zu einem kohärenten europäischen Ansatz“ verabschiedet. Der von Berichterstatter *Klaus-Heiner Lehne* (EVP/CDU) erstellte Entwurf fordert strenge Rahmenbedingungen, unter denen die Einführung von rechtlichen Instrumenten des kollektiven Rechtsschutzes („Sammelklagen“) auf europäischer Ebene erfolgen kann. In derselben Sitzung nahm es auch eine Entschließung zur grenzüberschreitenden Verlegung von Unternehmenssitzen an (sog. 14. Gesellschaftsrechtliche Richtlinie). Danach sollen sich Gesellschaften mit beschränkter Haftung beliebig innerhalb der EU niederlassen können, sofern die Beschäftigten der jeweiligen Unternehmen angehört worden seien, die Anteilseigner zugestimmt haben und kein Steuer- oder Sozialrecht umgangen werde (s. dazu Beitrag des StMJV in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0021+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0019+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



ENTSCHLIESSUNG DES EP ZUR WETTBEWERBSPOLITIK DER EU

Das EP hat am 02.02.2012 eine Entschließung zum Jahresbericht der Kommission über die Wettbewerbspolitik angenommen. Darin behandelt es insbesondere die Anwendung des Beihilferechts während der Finanz- und Wirtschaftskrise und Anforderungen an zukünftige Systeme kollektiven Rechtsschutzes. Es fordert zudem eine Vereinbarung zwischen Kommission und EP zur Einführung eines umfassenden Dialogs zur Wettbewerbspolitik, die von der Kommission zu großen Teilen eigenverantwortlich gestaltet wird.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?type=TA&reference=P7-TA-2012-0031&language=DE&ring=A7-2011-0424>

REGIONALPOLITIK: AUSSCHREIBUNG DER REGIOSTARS 2013

Die Kommission hat am 01.02.2012 die Ausschreibung für die Auszeichnung besonders innovativer, mit EU-Strukturfonds geförderter Projekte veröffentlicht. Bis zum 20.04.2012 können sich Regionen als „RegioStar 2013“ in fünf Kategorien bewerben. Die Projekte werden während der Open Days (Europäische Woche für Regionen und Städte) im Oktober 2012 präsentiert und bewertet, die Preisverleihung ist für Februar 2013 geplant.

http://ec.europa.eu/regional_policy/newsroom/detail.cfm?LAN=DE&id=168

PRAXISLEITFADEN ZUR FORSCHUNGS- UND INNOVATIONSFÖRDERUNG AUS EU-MITTELN

Die Kommission hat am 08.02.2012 einen Praxisleitfaden zur Förderung von Forschung und Innovation aus EU-Mitteln veröffentlicht. Nach Darlegung gemeinsamer Grundsätze zur EU-Finanzierung über die verschiedenen Förderöpfe hinweg geht er schwerpunktmäßig auf fünf verschiedene Instrumente ein: Das laufende Forschungsrahmenprogramm, das CIP-Programm zur Förderung von Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, die Strukturfonds, den ELER-Fonds für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie den Fischereifonds.

ftp://ftp.cordis.europa.eu/pub/fp7/docs/practical-guide-rev3_en.pdf

INNOVATIONSANZEIGER 2011 – DEUTSCHLAND UNTER DEN INNOVATIONSFÜHRERN

Die Kommission hat am 07.02.2012 im Rahmen ihrer Leitinitiative Innovationsunion zum zweiten Mal einen Leistungsanzeiger veröffentlicht, der anhand von 24 Indikatoren die europäischen Staaten nach ihrer Leistung in den Bereichen



Forschung, Entwicklung und Innovation bewertet. Wie im Vorjahr gehört Deutschland, gemeinsam mit Schweden, Dänemark und Finnland, zur Spitzengruppe der EU-Mitgliedstaaten. Gesamteuropäisch betrachtet sei jedoch die Schweiz das innovationsstärkste Land. Der Bericht stellt weiterhin fest, dass die EU-Staaten einen Innovationsrückstand gegenüber den USA und Japan aufwiesen und andere Staaten wie China und Brasilien aufholen. Positiv bemerkt die Kommission, dass fast alle Mitgliedsstaaten ihre Innovationsleistung im Vergleich zum Vorjahr verbessert hätten.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KONSULTATION ZUR ÜBERARBEITUNG ZUR RICHTLINIE ÜBER FINANZKONGLOMERATE

Die Kommission hat am 09.02.2012 eine Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über Finanzkonglomerate (Financial Conglomerate Directive, FICOD, Richtlinie 2002/87/EG) gestartet. Interessierte Kreise können bis 19.04.2012 daran teilnehmen. Die Richtlinie erfasst Finanzgruppen, die in einem oder mehreren Staaten tätig sind, und dies sowohl im Versicherungs- als auch im Bankensektor. Auf Grundlage der Ergebnisse der Konsultation will die Kommission im Herbst 2012 einen Bericht über die Überwachung und Regulierung solcher Akteure vorstellen und darlegen, ob sie eine Änderung des geltenden Rechtsrahmens für nötig hält.

http://ec.europa.eu/internal_market/financial-conglomerates/docs/info-letter/022012_en.pdf

REKORDZAHLEN IM EU-TOURISMUSSEKTOR

Am 24.01.2012 hat Eurostat, das statistische Amt der EU, die Zahlen für die Entwicklung des EU-Tourismussektors im Jahr 2011 veröffentlicht. Danach gab es mit insgesamt 1,6 Mrd. Hotel-Übernachtungen einen neuen Rekord. Für Deutschland wurden 241 Mio. Hotelübernachtungen gezählt, ein Anstieg um 5,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr (EU-Durchschnitt: Zuwachs von 3,8 %). Nur Spanien (288 Mio.) und Italien (249 Mio.) konnten mehr Übernachtungsgäste verbuchen. Gemeinsam mit Frankreich und dem Vereinigten Königreich entfielen auf diese fünf Länder zusammen über 70 % aller Hotelübernachtungen in der EU.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/13&format>



[=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en](#)

MITTEILUNG DER KOMMISSION ÜBER EINE VEREINFACHUNGSAGENDA FÜR DEN MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMEN 2014 - 2020

Die Kommission hatte am 29.06.2011 ihre Vorschläge für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 veröffentlicht und bis Ende 2011 insgesamt 57 sektorspezifische Legislativvorschläge zur Umsetzung des neuen Finanzrahmens veröffentlicht. Die in diesen Vorschlägen und in den Änderungsvorschlägen zur EU-Haushaltsordnung enthaltenen Änderungsvorschläge hat die Kommission in dieser Mitteilung aufgelistet und damit zu einer Vereinfachungsagenda gebündelt (s. dazu Beitrag des StMF in diesem EB).

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_en.pdf

http://ec.europa.eu/budget/library/biblio/documents/fin_fwk1420/com_2012_42_5_annex1_en.pdf

Geschäftsbereich Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

EP-AGRARAUSSCHUSS DISKUTIERT GAP NACH 2013

Der EP-Agrarausschuss beriet bei Sitzungen am 23.01.2012 und 06.02.2012 erstmals über die vier wichtigsten Vorschläge der Kommission zur GAP nach 2013. Die grundsätzlichen Ziele der Verordnungsvorschläge zu Direktzahlungen, Gemeinsamer Marktorganisation (GMO), ländlicher Entwicklung sowie Finanzierung, Verwaltung und Kontrolle (Horizontale Verordnung) wurden von den Abgeordneten begrüßt. Insbesondere Abgeordnete aus neuen Mitgliedstaaten forderten eine schnellere Angleichung der Direktzahlungen zwischen den Mitgliedstaaten. Kritik wurde auch an der vorgeschlagenen Form des Greenings der Direktzahlungen und der Definition des beihilfeberechtigten „aktiven“ Landwirts geübt. Eine entscheidende Rolle zur Stärkung der Marktposition der Erzeuger kommt aus Sicht der Abgeordneten den Erzeugerorganisationen zu. Angeregt wurde auch, die Zuckerquotenregelung und die Pflanzrechtregelung im Weinbau zu verlängern. Im Rahmen der ländlichen Entwicklung kritisierten der Berichterstatter und andere Abgeordnete, dass keine Vorschläge zur Mittelverteilung gemacht werden. Deshalb wurden eigene EP-Vorschläge dazu angeregt. Die Abgeordneten beklagten, dass sie die Auswirkungen der geplanten Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete nicht



beurteilen können, weil Kommission und Mitgliedstaaten die notwendigen Daten nicht zur Verfügung stellen. Über alle Diskussionen hinweg wiesen Abgeordnete darauf hin, dass eine Vereinfachung der GAP bzw. ein Bürokratieabbau mit den Vorschlägen nicht erreicht werde.

EU-VORSCHRIFTEN FÜR „ÖKOLOGISCHEN WEIN“

Am 08.02.2012 wurden im Ständigen Ausschuss für den ökologischen Landbau (SCOF) neue EU-Vorschriften für „ökologischen Wein“ vereinbart, die in den kommenden Wochen im Amtsblatt veröffentlicht und ab der Ernte 2012 gelten werden. Bio-Weinbauern, welche die festgelegten Bestimmungen einhalten, dürfen danach erstmals den Begriff „ökologischer Wein“ auf ihren Etiketten verwenden. Außerdem müssen die Etiketten mit dem EU-Bio-Logo und der Codenummer der Zertifizierungsstelle versehen sein sowie alle anderen Kennzeichnungsvorschriften für Wein einhalten. Bisher gab es nur Vorschriften für „Wein aus ökologischen/biologischen Trauben“, die sich aber nicht auf das gesamte Verfahren von der Traube bis zum Wein beziehen. Damit war der Weinsektor der einzig Verbleibende, der nicht vollständig von den EU-Vorschriften über die Normen des ökologischen Landbaus gemäß Verordnung (EG) Nr. 834/2007 erfasst wurde.

Siehe auch:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION ZUR UMSETZUNG DER GRUPPENHALTUNG FÜR SAUEN

Auf eine mündliche Anfrage des agrarpolitischen Sprechers der ALDE im EP, *George Lyon* (GBR), gab die Kommission am 01.02.2012 den Stand der Umsetzung zur Gruppenhaltung für Sauen bekannt. Nach Zahlen aus dem Jahr 2011, hätten bisher nur das Vereinigte Königreich, Schweden und Luxemburg die Regelung umgesetzt, Irland, Litauen, Dänemark und Deutschland hätten angegeben, sie würden die Auflagen fristgerecht vollständig erfüllen. 16 Mitgliedstaaten seien sich nicht sicher, ob sie die Regelung umsetzen könnten. Frankreich, Finnland, Malta und Portugal hätten bis zum 31.12.2011 noch keine Daten geliefert. Ab 01.01.2013 ist die Gruppenhaltung für trüchtige Sauen in der EU verpflichtend. MdEP *Lyon* zeigte sich besorgt angesichts dieser Zahlen und rief Kommission und Mitgliedstaaten zum Handeln auf. Verbraucherkommissar *Dalli* appellierte an die Mitgliedstaaten, die neuen Regelungen frist-



gerecht umzusetzen und aktuelle Zahlen zur Verfügung zu stellen. Die Kommission werde die Entwicklung beobachten und mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine fristgerechte Umsetzung zu erreichen.

EFSA STELLT LEITLINIEN FÜR RISIKOBEWERTUNG IM TIERSCHUTZ VOR

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat eine neue Leitlinie veröffentlicht, die sich erstmals mit einer standardisierten Methode zur Risikobewertung im Tierschutz befasst. Die Leitlinie folgt der kürzlich verabschiedeten EU-Strategie für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere 2012 - 2015, in der auch vorgeschlagen wurde, die Reaktionen der Tiere auf ihre Umwelt stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Die Methode wurde so konstruiert, dass sie für alle Tierarten anwendbar ist und alle Faktoren, die das Wohlergehen der Tiere beeinflussen, inklusive Haltung, Transport und Schlachten, berücksichtigt. Die EFSA stellt fest, dass der bisherige Mangel an einer spezifischen internationalen Leitlinie zur Risikobewertung im Tierschutz dazu geführt hat, dass die in diesem Bereich tätigen wissenschaftlichen Experten nach unterschiedlichsten Ansätzen vorgegangen sind.

Leitlinie unter:

<http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/120125.htm>

EFSA: LEITLINIE ZUR RISIKOBEWERTUNG VON FUTTER- UND NAHRUNGSMITTELN VON GVO-TIEREN

Am 26.01.2012 hat die EFSA eine Leitlinie zur Risikobewertung von Futter- und Nahrungsmitteln, die aus gentechnisch veränderten Tieren gewonnen werden, veröffentlicht. Die Behörde weist auf eine rasante Weiterentwicklung der Technologie in diesem Bereich hin und darauf, dass auch Regulierungsbehörden aus Drittländern bereits die Sicherheit von gentechnisch veränderten Tierprodukten bewertet haben. Laut EFSA soll sich die Untersuchung nicht nur mit den Risiken, die durch den Gebrauch bestimmter Produkte entstehen, sondern auch mit dem Schutz und der Gesundheit genetisch veränderter Tiere befassen.

Leitlinie unter:

<http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2501.htm>



EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUR VERMEIDUNG EINER IRREFÜHRENDEN LEBENSMITTELKENNZEICHNUNG AN

Auf der Tagung vom 01./ 02.02.2012 in Brüssel hat das EP-Plenum u. a. eine EntschlieÙung zur Vermeidung einer irreführenden Lebensmittelkennzeichnung angenommen (s. hierzu Beitrag des StMUG in diesem EB).

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0022+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

Geschäftsbereich Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

INFORMELLE TAGUNG DES EUROPÄISCHEN RATES AM 30.01.2012 IN BRÜSSEL: SCHWERPUNKTE AUS DEM GESCHÄFTSBEREICH DES STMAS

Bei ihrem informellen Treffen am 30.01.2012 in Brüssel formulierten die Staats- und Regierungschefs der EU eine Erklärung, in der „Wege zu wachstumsfreundlicher Konsolidierung und beschäftigungsfreundlichem Wachstum“ aufgezeigt werden sollen. Insbesondere für junge Menschen will der Europäische Rat (ER) beschäftigungspolitische Impulse setzen. Wachstum und Beschäftigung würden nur dann wieder anziehen, wenn Maßnahmen zur Sanierung der Haushalte bei Beibehaltung der Investitionen in künftiges Wachstum mit einer soliden makroökonomischen Politik sowie einer „aktiven Beschäftigungsstrategie unter Wahrung des sozialen Zusammenhalts“ verbunden werden.

http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127623.pdf

EUGH: URTEIL BZGL. VERLÄNGERUNG BEFRISTETER ARBEITSVERTRÄGE

Die Verlängerung befristeter Arbeitsverträge könne auch dann durch einen Vertretungsbedarf gerechtfertigt sein, wenn sich dieser Bedarf als wiederkehrend oder sogar ständig erweist. Der Einsatz dieser aufeinanderfolgenden befristeten Verträge könne jedoch ggf. unter Berücksichtigung ihrer Zahl und Gesamtdauer einer Missbrauchskontrolle unterzogen werden. Zu diesem Schluss kam der Europäische Gerichtshof (EuGH) mit seinem Urteil vom 26.01.2012 (Rechtssache C-586/10).



<http://curia.europa.eu/juris/celex.jsf?celex=62010CJ0586&lang1=de&type=NOT&ancre>

EUROSTAT: 115 MILLIONEN MENSCHEN IN DER EU IM JAHR 2010 VON ARMUT ODER SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHT

115 Mio. Menschen waren nach am 08.02.2012 veröffentlichten Informationen der EU-Statistikbehörde Eurostat im Jahr 2010 von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht. Dies entspricht 23,4 % der Bevölkerung der 27 EU-Mitgliedsstaaten. Die höchsten Anteile von Personen, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung gefährdet waren, wurden in Bulgarien (42 %), Rumänien (41 %) und Lettland (38 %) festgestellt, die niedrigsten Anteile in der Tschechischen Republik (14 %), in Schweden und in den Niederlanden (je 15 %). Für Deutschland benennt Eurostat einen Wert von 19,7 %. Die Verringerung der Zahl der Menschen in der EU, die von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffen sind, stellt eine der Leitinitiativen der Europa 2020-Strategie dar.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=STAT/12/21&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

KOMMISSION: NACH EUROPÄISCHEM MONITOR FÜR OFFENE STELLEN WEITERHIN HOHES QUALIFIKATIONSNIVEAU BEI ARBEITSPLATZSUCHE WICHTIG

Nach der Januarausgabe des „Europäischen Monitors für offene Stellen“, der einen Überblick über die aktuelle Situation auf dem Arbeitsmarkt gibt, sei weiterhin ein hohes Qualifikationsniveau bei der Stellensuche wichtig. Zudem teilte die Kommission am 30.01.2012 mit, dass die Anzahl der „Akademiker“, die eine Arbeitsstelle gefunden haben, im zweiten Quartal 2011 um 34 % angestiegen sei. Die Zahl der Arbeitssuchenden, die eine Stelle als „Angehörige gesetzgebender Körperschaften, leitende Verwaltungsbedienstete und Führungskräfte in der Privatwirtschaft“ gefunden haben, habe um 25 % zugenommen.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1169&furtherNews=yes>



Geschäftsbereich Staatsministerium für Unterricht und Kultus

INFORMELLER EUROPÄISCHER RAT NIMMT SICH DES PROBLEMS DER JUGENDARBEITSLOSIGKEIT IN EUROPA AN

In ihrer gemeinsamen Erklärung „Wege zu wachstumsfreundlicher Konsolidierung und beschäftigungsfreundlichem Wachstum“ bekräftigten die Mitglieder des Europäischen Rates am Ende ihres informellen Treffens am 30.01.2012 vor dem Hintergrund der Ziele der Europa-2020-Strategie ihr Bekenntnis zur Generierung von strukturellem, nachhaltigem Wachstum und Beschäftigung durch beharrliche, kohärente und breit angelegte Anstrengungen. Die Staats- und Regierungschefs konzentrierten sich dabei auf drei Prioritäten, darunter die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. In diesem Zusammenhang thematisiert die Erklärung auch bildungs- bzw. ausbildungsbezogene Maßnahmen, die von den Mitgliedstaaten im Rahmen ihrer nationalen Reformprogramme 2012 zu entwickeln und umzusetzen seien.

Die Erklärung ist abrufbar unter:

http://consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/127623.pdf

EP NIMMT ENTSCHEIDUNG ZUR EUROPÄISCHEN DIMENSION DES SPORTS AN

Am 02.03.2012 hat das Europäische Parlament (EP) auf der Grundlage eines Berichts des Abgeordneten *Santiago Fisas Ayxela* (EVP/ESP) eine Entschließung zur europäischen Dimension des Sports angenommen. Mit der Entschließung greift das EP die vor dem Hintergrund der durch den Vertrag von Lissabon neu begründeten EU-Zuständigkeit für den Bereich des Sports (Art. 165 AEUV) die im Januar 2011 (EB 02/11) veröffentlichte Mitteilung der Kommission zur „Entwicklung der europäischen Dimension im Sport“ in inhaltlicher wie auch struktureller Hinsicht auf. Unter Anerkennung der grundlegenden pädagogischen, bildungspolitischen, sozialen, gesundheitlichen, kulturellen und integrativen Funktionen des Sports sieht das EP vor allem in den drei Bereichen „Gesellschaftliche Entwicklung des Sports“, „Wirtschaftliche Dimension des Sports“ und „Organisation des Sports“ Raum für Themen und Maßnahmen zur Entwicklung von dessen europäischer Dimension. Ergänzt wird die Entschließung durch die gegenüber der Mitteilung neu eingebrachten Bereiche „Zusammenarbeit mit Drittländern und internationalen Organisationen“ sowie „Europäische Identität im Sport“.

Die Entschließung ist unter folgendem Link abrufbar:



<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0025+0+DOC+XML+V0//DE>

JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS EU/CHINA 2012 ERÖFFNET

Am 01.02.2012 wurde mit einem Festakt offiziell das Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China 2012 eröffnet. Ziel des Dialogjahrs ist es, durch kulturellen Austausch und Dialog zwischen den Menschen im Rahmen von Veranstaltungen und Projekten die Beziehungen zwischen der EU und China zu vertiefen. Die Bereiche Kultur, Bildung, Forschung, Mehrsprachigkeit und Jugend stehen dabei thematisch im Mittelpunkt (EB 19/11). Damit steht bereits zum zweiten Mal ein Jahr unter dem Motto der Vertiefung der Beziehungen zwischen der EU und China: 2011 fand das Jahr der Jugend EU/China statt.

Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China:

http://ec.europa.eu/culture/eu-china/index_de.htm

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR EUROPÄISCHE STIFTUNG VOR

Die Kommission hat am 08.02.2012 einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung vorgelegt, der bereits in der Binnenmarktakte vom April 2011 (EB 08/11) angekündigt worden war. Ziel des Vorschlags ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Rechtsform, der „Europäischen Stiftung“, die in allen Mitgliedstaaten gleich wäre und neben inländischen Stiftungen bestehen würde (s. Beitrag des StMI in diesem EB).

Der Vorschlag sowie weitere Informationen sind über folgende Internetseite abrufbar:

http://ec.europa.eu/internal_market/company/eufoundation/index_de.htm

Geschäftsbereich Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

INFORMELLER RAT DER WETTBEWERBSFÄHIGKEITSMINISTER AM 02.02.2012 IN KOPENHAGEN

Die Forschungsministerinnen und -minister befassten sich auf dem Informellen Rat am 02.02.2012 ausschließlich mit dem Kommissionsvorschlag für das künftige Forschungsrahmenprogramm „Horizon 2020“. Einen Schwerpunkt bildete dabei der Aspekt der Synergiebildung mit den Strukturfonds. In einleitenden Grundsatzreferaten legten Forschungskommissarin *Máire Geoghegan-Quinn*, der Kommissar für Regionalpolitik *Johannes Hahn*, Bundesforschungs-



ministerin *Annette Schavan* und die Europaabgeordnete *Maria da Graça Carvalho* (EVP/PRT) ihre Positionen dar.

710 FÖRDERANTRÄGE BEI ERSTER AUSSCHREIBUNG DER ERC SYNERGY GRANTS EINGEREICHT

Insgesamt 710 Förderanträge sind bei der ersten Ausschreibung des Europäischen Forschungsrats (ERC) zu den Synergy Grants eingegangen. Bis zum 25.01.2012 konnten Forscherinnen und Forscher Anträge einreichen, aus denen nun voraussichtlich zehn bis 15 Projekte zur Förderung ausgewählt werden. Dies entspräche einer Förderquote von 1 - 3 %. Für die höchst prestigereichen und hochkompetitiven Synergy Grants steht ein Budget von 150 Mio. € zur Verfügung, davon maximal 15 Mio. € pro Projekt über eine Förderperiode von bis zu sechs Jahren.

<http://erc.europa.eu/>

Weitere Informationen zu den Synergy Grants:

<http://erc.europa.eu/funding-schemes/synergy-grants>

JAHR DES INTERKULTURELLEN DIALOGS EU/CHINA 2012 ERÖFFNET

Am 01.02.2012 wurde mit einem Festakt offiziell das Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China 2012 eröffnet. Bei der Veranstaltung im Palais des Beaux-Arts in Brüssel sprachen aus diesem Anlass die Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend, *Androulla Vassiliou*, der Kulturminister der Volksrepublik China, *Cai Wu*, der dänische Kulturminister *Uffe Elbæk* als Vertreter der dänischen Ratspräsidentschaft und *Crescenzo Rivellini*, Vorsitzender der Delegation des EP für die Beziehungen zu China. Der Wille zu Austausch und Kooperation stand dabei im Vordergrund; kritische Themen blieben ausgeklammert. Ziel des Dialogjahrs ist es, durch kulturellen Austausch und Dialog zwischen den Menschen im Rahmen von Veranstaltungen und Projekten die Beziehungen zwischen der EU und China zu vertiefen (EB 19/11). Bei der Eröffnungskonferenz am 02.02.2012 in Brüssel, an der politische Entscheidungsträger, Künstler, Intellektuelle sowie Vertreter europäischer und chinesischer Kultureinrichtungen teilnahmen, wurden die Aussichten der Zusammenarbeit diskutiert sowie einige der Projekte vorgestellt.

Jahr des interkulturellen Dialogs EU/China:

http://ec.europa.eu/culture/eu-china/index_de.htm



INNOVATIONSANZEIGER 2011 – DEUTSCHLAND UNTER DEN INNOVATIONSFÜHRERN

Die Kommission hat am 07.02.2012 im Rahmen ihrer Leitinitiative Innovationsunion zum zweiten Mal einen Leistungsanzeiger veröffentlicht, der anhand von 24 Indikatoren die europäischen Staaten nach ihrer Leistung in den Bereichen Forschung, Entwicklung und Innovation bewertet. Wie im Vorjahr, gehört Deutschland gemeinsam mit Schweden, Dänemark und Finnland zur Spitzengruppe der EU-Mitgliedstaaten. Gesamteuropäisch betrachtet, sei jedoch die Schweiz das innovationsstärkste Land. Der Bericht stellt weiterhin fest, dass die EU-Staaten einen Innovationsrückstand gegenüber den USA und Japan aufwiesen und andere Staaten wie China und Brasilien aufholen. Positiv bemerkt die Kommission, dass fast alle Mitgliedstaaten ihre Innovationsleistung im Vergleich zum Vorjahr verbessert hätten (s. hierzu Beitrag des StMWIVT in diesem EB).

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/12/102&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

KOMMISSION LEGT VORSCHLAG FÜR EUROPÄISCHE STIFTUNG VOR

Die Kommission hat am 08.02.2012 einen Vorschlag für das Statut einer Europäischen Stiftung vorgelegt, der bereits in der Binnenmarktakte vom April 2011 (EB 08/11) angekündigt worden war. Ziel des Vorschlags ist die Schaffung einer einheitlichen europäischen Rechtsform, der „Europäischen Stiftung“, die in allen Mitgliedstaaten gleich wäre und neben inländischen Stiftungen bestehen würde (s. hierzu Beitrag des StMI in diesem EB).

Geschäftsbereich Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit

EP-PLENUM VOM 01./02.02.2012 IN BRÜSSEL – ERGEBNISSE AUS DEM BEREICH DES STMUG

Auf der Tagung vom 01./02.02.2012 in Brüssel hat das Plenum des Europäischen Parlamentes (EP) u. a. eine Entschließung zur Vermeidung einer irreführenden Lebensmittelkennzeichnung angenommen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2012-0022+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>



KOMMISSION VERANLASST WEITERE UNTERSUCHUNGEN ZU FEHLERHAFTEN BRUSTIMPLANTATEN

Anlässlich der Veröffentlichung des Berichts des Wissenschaftlichen Ausschusses „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) über die Sicherheit von Silikonbrustimplantaten des französischen Unternehmens Poly Implant Prothèse (PIP) am 02.02.2012 teilte die Kommission mit, weitere Untersuchungen zu möglichen Gesundheitsrisiken fehlerhafter Brustimplantate durchführen zu lassen. Darüber hinaus will sie mit den Mitgliedstaaten im Vorfeld der geplanten Revision der EU-Gesetzgebung zu Medizinprodukten diskutieren, wie die Überwachung im Rahmen des geltenden Rechts verschärft werden kann, z. B. durch eine Ausweitung unangekündigter Inspektionen. Schließlich soll anhand eines „Stresstestes“ der aktuellen Rechtsvorschriften geprüft werden, wie die aufgeworfenen Fragen bei der Überarbeitung der Medizinproduktegesetzgebung am besten berücksichtigt werden können.

Weitere Informationen zum SCENIHR:

http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/emerging/opinions/index_en.htm

SCENIHR-Gutachten:

http://ec.europa.eu/health/scientific_committees/emerging/docs/scenihr_o_034.pdf

VERLEIHUNG DES DRITTEN EU-PREISES FÜR GESUNDHEITS-JOURNALISTEN

Am 01.02.2012 hat die Kommission zum dritten Mal den EU-Gesundheitspreis für Journalisten verliehen. Dieser zeichnet europäische Journalisten aus, die sich in ihren Artikeln mit Gesundheitsthemen auseinandersetzen, die das Leben aller EU-Bürgerinnen und -Bürger betreffen (EB 07/11 und 21/10). Aus fast 500 Beiträgen aus allen Mitgliedstaaten wurde das Journalistenduo *Kate Kelland* und *Ben Hirschler* aus dem Vereinigten Königreich für ihren Artikel „Wenn die Arzneimittel nicht mehr wirken“ zum Thema Antibiotikaresistenz mit dem ersten Platz prämiert. Den Sonderpreis zum Thema Raucherentwöhnung erhielt die polnische Journalistin *Monika Cetera*.

http://ec.europa.eu/health-eu/journalist_prize/2011/index_de.htm



EU-VORSCHRIFTEN FÜR „ÖKOLOGISCHEN WEIN“

Am 08.02.2012 wurden im Ständigen Ausschuss für den ökologischen Landbau (SCOF) neue EU-Vorschriften für „ökologischen Wein“ vereinbart, die in den kommenden Wochen im Amtsblatt veröffentlicht werden und ab der Ernte 2012 gelten. Bio-Weinbauern, welche die festgelegten Bestimmungen einhalten, dürfen danach erstmals den Begriff „ökologischer Wein“ auf ihren Etiketten verwenden. Außerdem müssen die Etiketten mit dem EU-Bio-Logo und der Codenummer der Zertifizierungsstelle versehen sein sowie alle anderen Kennzeichnungsvorschriften für Wein einhalten. Bisher gab es nur Vorschriften für „Wein aus ökologischen/biologischen Trauben“, die sich aber nicht auf das gesamte Verfahren von der Traube bis zum Wein beziehen. Damit war der Weinsektor der einzig Verbleibende, der nicht vollständig von den EU-Vorschriften über die Normen des ökologischen Landbaus gemäß Verordnung (EG) Nr. 834/2007 erfasst wurde (s. Beitrag des StMELF in diesem EB).

KOMMISSION ZUR UMSETZUNG DER GRUPPENHALTUNG FÜR SAUEN

Auf eine mündliche Anfrage des agrarpolitischen Sprechers der ALDE im EP, *George Lyon* (GBR), gab die Kommission am 01.02.2012 den Stand der Umsetzung zur Gruppenhaltung für Sauen bekannt. Nach Zahlen aus dem Jahr 2011, hätten bisher nur das Vereinigte Königreich, Schweden und Luxemburg die Regelung umgesetzt, Irland, Litauen, Dänemark und Deutschland hätten angegeben, sie würden die Auflagen fristgerecht vollständig erfüllen. 16 Mitgliedstaaten seien sich nicht sicher, ob sie die Regelung umsetzen könnten. Frankreich, Finnland, Malta und Portugal hätten bis zum 31.12.2011 noch keine Daten geliefert. Ab 01.01.2013 ist die Gruppenhaltung für trächtige Sauen in der EU verpflichtend. MdEP *Lyon* zeigte sich besorgt angesichts dieser Zahlen und rief Kommission und Mitgliedstaaten zum Handeln auf. Verbraucherkommissar *Dalli* appellierte an die Mitgliedstaaten, die neuen Regelungen fristgerecht umzusetzen und aktuelle Zahlen zur Verfügung zu stellen. Die Kommission werde die Entwicklung beobachten und mit den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine fristgerechte Umsetzung zu erreichen.

EFSA STELLT LEITLINIEN FÜR RISIKOBEWERTUNG IM TIERSCHUTZ VOR

Die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat eine neue Leitlinie veröffentlicht, die sich erstmals mit einer standardisierten Methode zur



Risikobewertung im Tierschutz befasst. Die Leitlinie folgt der kürzlich verabschiedeten EU-Strategie für den Schutz und das Wohlergehen der Tiere 2012 - 2015, in der auch vorgeschlagen wurde, die Reaktionen der Tiere auf ihre Umwelt stärker in den Mittelpunkt zu rücken.

<http://www.efsa.europa.eu/en/press/news/120125.htm>

EFSA VERÖFFENTLICHT LEITLINIE ZUR RISIKOBEWERTUNG VON FUTTER- UND NAHRUNGSMITTELN DIE VON GENTECHNISCH VERÄNDERTE TIEREN STAMMEN

Am 26.01.2012 hat die EFSA eine Leitlinie zur Risikobewertung von Futter- und Nahrungsmitteln, die aus gentechnisch veränderten Tieren gewonnen werden, veröffentlicht. Die Behörde weist auf eine rasante Weiterentwicklung der Technologie in diesem Bereich hin und darauf, dass auch Regulierungsbehörden aus Drittländern bereits die Sicherheit von gentechnisch veränderten Tierprodukten bewertet haben.

<http://www.efsa.europa.eu/en/efsajournal/pub/2501.htm>

Geschäftsbereich IuK- und Medienpolitik

KOMMISSION LEGT ROADMAP FÜR EINE STÄRKERE DURCHSETZUNG VON URHEBERRECHTEN IM INTERNET VOR

Für einen besseren Schutz der Urheberrechte im Internet hat die Kommission nun mit der Novellierung der Richtlinie zur Durchsetzung der Rechte auf geistiges Eigentum (IPRED, Richtlinie 2004/48/EC) begonnen. Dazu legte sie einen Fahrplan vor, auf dessen Grundlage bis September 2012 ein entsprechender Revisionsvorschlag erarbeitet werden soll. Ziel der Revision sei dabei vor allem ein schärferes Vorgehen gegen Copyrightverstöße im Web. Denn laut der im Jahr 2011 zum Thema durchgeführten Konsultation (EB 14/11) gelinge es der bestehenden Richtlinie nicht, Rechtsverletzungen im Bereich des geistigen Eigentums im Internet ausreichend einzudämmen. Außerdem hätte sie aufgrund unklarer Formulierungen zu stark divergierenden Interpretationen in den Nationalstaaten geführt.

Der Fahrplan ist abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/governance/impact/planned_ia/docs/2011_markt_006_revieu_enforcement_directive_ipr_en.pdf



BERICHT ZUR FILMFÖRDERUNG: ANSTIEG DER FILMFÖRDEREINRICHTUNGEN UND DER FÖRDERAUSGABEN

Am 25.01.2012 veröffentlichte die Europäische Audiovisuelle Beobachtungsstelle die aktuellen Zahlen und Fakten zum Thema „Filmförderung“. Die Studie konzentriert sich vor allem auf die Entwicklung und die Bedeutung von Filmfonds, die zur finanziellen Unterstützung des Film- und Fernsehsektors in 37 europäischen Ländern tätig sind. Laut Bericht sei die Zahl der Fördereinrichtungen von 2004 bis 2009 von 208 auf insgesamt 280 angestiegen. Dabei sei die Mehrzahl der Einrichtungen einer neuen Tendenz entsprechend statt auf nationaler auf regionaler Ebene entstanden. Außerdem verzeichneten auch die Förderausgaben einen beträchtlichen Zuwachs. So hätten sich die Fördermittel in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und im Jahr 2009 einen Betrag von 2,1 Mrd. € erreicht. Die Kommission wird noch in diesem Jahr die Filmmitteilung überarbeiten, die die Eckpunkte für die Zulässigkeit von Beihilfen im Filmbereich regelt (EB 13/11).

Der vollständige Bericht ist in Papier- oder PDF-Form unter folgendem Link bestellbar:

http://www.obs.coe.int/oea_publ/funding/fundingreport2011.html

Weitere Informationen unter:

<http://www.obs.coe.int/about/oea/pr/fundingreport2011.html>

NEELIE KROES FORDERT PARTNERSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DES CLOUD COMPUTING IN EUROPA

Im Rahmen des Weltwirtschaftsforums in Davos rief die für die Digitale Agenda zuständige Vizepräsidentin der Kommission *Neelie Kroes* am 26.01.2012 zum Projekt „European Cloud Partnership“ auf. Ziel der Initiative sei es, Behörden und Industrie sowie Cloud-Abnehmer und -Anbieter zu einer Partnerschaft im Bereich Cloud Computing anzuregen. Dabei werde die Kommission etwa 10 Mio. € zur Unterstützung dieser Partnerschaft in ihrer Anfangsphase zur Verfügung stellen. Das Projekt ist das Ergebnis der im vergangenen Jahr durchgeführten Konsultation zum Thema Cloud Computing (EB 10/11) nach der insbesondere kleine Unternehmen der neuen Technologie gegenüber noch immer misstrauisch sind. Erste Resultate der „European Cloud“-Partnerschaft werden für 2013 erwartet.

Die Rede von *Neelie Kroes* ist abrufbar unter:

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=SPEECH/12/38&for>



[mat=HTML&aged=0&language=EN&guiLanguage=en](#)

Weitere Informationen unter:

<http://blogs.ec.europa.eu/neelie-kroes/european-cloud-partnership/>

EP: ITRE-AUSSCHUSS EINIGT SICH ZUM FUNKFREQUENZPOLITISCHEN PROGRAMM

Am 25.01.2012 hat der Industrie-, Forschungs- und Energieausschuss (ITRE) dem Kompromiss zum mehrjährigen Funkfrequenzpolitischen Programm (RSPP) zugestimmt. Der Kompromissvorschlag wurde im Oktober des vergangenen Jahres von EP und Rat eingereicht (EB 19/11) und schließlich im Dezember vom Telekommunikationsrat angenommen (EB 22/11). Das Programm verpflichtet Mitgliedstaaten u. a. dazu, das 800-MHz-Band für mobiles Breitband bis zum 01.01.2013 bereitzustellen.

Weitere Informationen unter:

<http://www.eppgroup.eu/press/showpr.asp?prcontroldoctypeid=1&prcontrolid=10919&prcontentid=18324&prcontentlg=en>